

## Probekapitel FDA (Hrsg.): Mission Klassenzimmer

### Mission Klassenzimmer – Eine Bestandsaufnahme

Bildung und die Zukunft von Bildung stehen zurzeit im Mittelpunkt vieler politischer Auseinandersetzungen – nicht nur durch die (vermeintlichen) Empörungen, welche die PISA-Studien auslösten.<sup>1</sup> Die „Elitendiskussion“,<sup>2</sup> ebenso die Diskussion um Bildungsstandards und Akkreditierung<sup>3</sup>, sind neoliberale Debatten, die keiner sachlichen Diskussion zur Verbesserung der Chancen auf Bildung gerecht werden.

Im Gegensatz allerdings zu den üblichen wissenschaftlichen und populären Kontroversen werden in diesem Buch sonst ausgesparte Punkte thematisiert und kritisch diskutiert. Denn die derzeitige Diskussion kann nicht unabhängig von gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geführt werden. Offenkundig ist, dass die Privatisierung von Bildung, wie sie von vielen nationalen und internationalen *think tanks* gefordert wird, im Zusammenhang mit der Liberalisierung aller Dienstleistungen und öffentlichen Güter gesehen werden muss. Bildung hat hierbei gerade für Deutschland eine besondere Bedeutung, da das an natürlichen Ressourcen arme Land auf das *öffentliche Gut Bildung* bauen kann und muss.

Bezogen auf die in diesem Buch geführte Diskussion *Mission Klassenzimmer* ist der Begriff Mission in zweifacher Hinsicht zu verstehen. Einerseits bezieht sich der Begriff *Mission* auf die sich zunehmend stellende Aufgabe: wie gestaltet die bundesrepublikanische Gesellschaft das (soziale) Bildungssystem des 21. Jahrhunderts? Hierbei muss im Hinterkopf behalten werden, dass vor allem die Forderungen nach (privaten) Alternativen zum staatlichen Subsidiaritätssystem lauter werden. Andererseits beinhaltet der Begriff *Mission* bereits des *Pudels Kern*, oder wie es Goethes Gretchen richtigerweise zu fragen versteht: Aber wie hältst Du es mit der Religion? Deutschland hält es schon über Jahrzehnte sehr positiv mit der Religion, um nicht zu sagen zu unkritisch. Fragen zur Trennung von Staat und Kirche, insbesondere Fragen zu Privilegien der christlichen Kirchen und zur Kirchensteuerpraxis werden nicht gestellt. Religionskritik fehlt in Deutschland rundweg.

Offensichtlich entgeht vielen BürgerInnen dabei die Tatsache, dass weltanschauliche Träger ihr Monopol im sozialen System, das sich über einen langen Zeitraum hin entwickeln konnte, nutzen, um ihre Marktstellung für künftige Verteilungskämpfe zu behaupten. Schließlich sehen sich kirchliche Anbieter, ebenso wie Waldorfschulen, als Anbieter eines Gutes – das der Bildung und Erziehung.

Von daher muss bei der Auseinandersetzung mit Alternativen zum staatlichen Schulsystem, welches im Laufe der letzten Jahrzehnte zunehmend von privater Seite unter Druck geraten ist, dem ideellen Umfeld der privaten Träger kritische Aufmerksamkeit entgegengebracht werden. Wie geht die Gesellschaft mit den Begriffen Religion und Esoterik um? Was bedeutet irrationales Denken, was ist Esoterik? Welche Folgen ergeben sich aus der Privatisierung von Bildung für die freien Träger, wie beispielsweise Waldorf- und Montessorischulen? Inwieweit profitieren diese Anbieter von der Privatisierungswelle? Was wird an diesen Schulen an Werten, wissenschaftstheoretischen Inhalten und Modellen vermittelt? Was erwartet Eltern in solchen Einrichtungen? In welcher Form nehmen religiöse Anbieter Selektionen vor, die der Bildungsaufgabe widersprechen? An welche Diskurse docken derlei Ideologeme an?

In der Debatte um generelle Standards finden sich die unterschiedlichsten Positionen wieder. Die einen fordern die staatliche Hand im Bildungssystem, die anderen plädieren für eine stärkere Öffnung des Bil-

---

<sup>1</sup> PISA steht für „Programme for International Student Assessment“ und bezeichnet die umfassendste Bildungsstudie, die bisher auf internationaler Ebene durchgeführt wurde. Die Studie wurde von der OECD in Paris konzipiert. Vom Jahr 2000 bis zum Jahr 2006 werden in einem drei-Jahres-Turnus die Kenntnisse und Fähigkeiten von Schülern in den Bereichen Lesekompetenz, Mathematik und Naturwissenschaften gegen Ende der Pflichtschulzeit getestet. Im Rahmen von PISA 2000 nahmen rund 180.000 15-jährige Schüler aus 32 Ländern teil. In Deutschland wurden rund 5.000 Schüler aus 219 Schulen quer durch alle Schulformen einer Prüfung unterzogen.

<sup>2</sup> Vgl. Markard, Morus: Elite. Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff, in: UTOPIEKreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen. Nr. 171, Berlin 2005, S. 5-11.

<sup>3</sup> Akkreditierung meint in diesem Zusammenhang eine durch Evaluierung gesicherte Qualitätsprüfung u. a. von Bildungs- und Ausbildungsstellen durch entsprechende Einrichtungen, um so vergleichbare Leistungen abzusichern. In Deutschland wurde ein Akkreditierungsrat durch Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) eingerichtet. Dem Akkreditierungsrat gehören vier Hochschulvertreter, vier Ländervorteiler, fünf Vertreter der Berufspraxis (davon ein Vertreter der für das Dienst- und Tarifrecht zuständigen Landesministerien), zwei Studierende und zwei internationale Vertreter an – damit wirken Hochschulen, Staat und Berufspraxis bei der Qualitätssicherung von Studiengängen durch Akkreditierung zusammen.

dungssektors für private Anbieter. Durch das *GATS-Vertragswerk*<sup>4</sup> (General Agreement on Trade in Services), eine der drei zentralen Säulen der materiellen Rechtsordnung der Welthandelsorganisation (WTO), steht eine weitreichende Liberalisierung der öffentlichen Dienstleistungen bevor – auch die des Bildungsmarktes. Wenn Schranken fallen, bedeutet dies nicht nur mehr Freiheit und weniger Staat; zuallererst bringt dies ein mehr an Verantwortung für die Eltern und SchülerInnen, da sie einer Vielzahl von Alternativen gegenüberstehen. Doch wessen Angebote werden sich auf dem neuen *Markt der (religiösen) Möglichkeiten* kurzfristig durchsetzen? Es gibt gute Gründe für die Annahme, dass zunächst die religiösen privaten Bildungsträger profitieren werden.

## General Agreement on Trade in Services (GATS)

Das Vertragswerk zur Liberalisierung der Dienstleistungen (GATS) ist, neben dem Abkommen zur Regelung des Abbaus von Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen (GATT) und dem Abkommen zum Schutz geistigen Eigentums (TRIPS), die Speerspitze der Welthandelsorganisation. Dieses Regime wurde, nach vielen internationalen Runden und stetiger Einflussnahme internationaler Konzerne und Banken 1995 auf den Weg gebracht und wird mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank als Fundament der (wirtschaftlichen) Globalisierung angesehen.<sup>5</sup> Im Kern geht es den VordenkerInnen um die Durchsetzung eines *sich selbst regulierenden Marktes* und um freien Wettbewerb.

### Die Säulen der Liberalisierung

Aus den Verhandlungen, die über Jahrzehnte gedauert haben, lassen sich zunächst drei Schlüsse ziehen:

Zum einen zeichnet sich der Verhandlungsprozess durch hohe Intransparenz aus. Die Europäische Union (EU), die als Verhandlungspartner für die europäischen Mitgliedsstaaten spricht, sah und sieht es nicht als notwendig an, die Bürgerinnen und Bürger über die laufenden Verhandlungen zu informieren. Dies entpuppt sich, das wird im Folgenden deutlich, als Entdemokratisierungsprozess und Entmündigung der Menschen.<sup>6</sup>

Die WTO ist, was nur wenige wissen, keine UN-Instanz.<sup>7</sup> Dieses Regime, welches Welthandelsfragen zu entscheiden hat, kann als Konkurrenzinstanz der UN-Organisation ILO (International Labour Organisation) gesehen werden. Denn neben arbeitsrechtlichen Grundlagen stehen bei der ILO auch soziale Gesichtspunkte im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung. Den VertreterInnen auf den Ministerkonferenzen der WTO, maßgeblich LobbyistInnen internationaler Konzerne, geht es nicht um soziale Fragen bei der Liberalisierung. Ihr vorgeschobener freier Markt entpuppt sich bereits heute als Anlaufstelle für Monopole.<sup>8</sup> Wäre die WTO an die Standards der UNO gebunden, wäre sie „innerhalb der UNO [...] in ein Netzwerk von weltpolitischen Erwägungen, Rücksichten und Institutionen eingebunden“.<sup>9</sup>

Als dritter Punkt ist zu erwähnen, dass die einzelnen europäischen Mitgliedsstaaten kaum an der Diskussion und der Verabschiedung der Abkommen beteiligt sind. Die Europäische Union wird von der Europäischen Kommission vertreten, die ihren Handelsminister Peter Mandelson (zuvor den jetzigen WTO-Chef Pascal Lamy) zu den einzelnen Konferenzen schickt. Der Europäischen Union, und damit den einzelnen Mitgliedsstaaten, jedoch kommt es nur als Aufgabe zu, einheitliche Standards zu verabschieden, wie die *öffentlichen Güter* zu definieren sind.

Das Verfahren ist alles andere als einfach. Bereits vor der Verabschiedung der EU-Verfassung in Deutschland und weit vor Abschluss des Liberalisierungsabkommens GATS zeigen sich die Kompetenzverlagerungen deutlich: Direktiven und Verwaltungsakte, die von der EU verabschiedet werden, stehen zumeist

---

<sup>4</sup> Vgl. Tietje, Christian (Hrsg.): Welthandelsorganisation. WTO-Übereinkommen; GATT 1947/1994; SPS, TBT, GATS; TRIPS; Streitbeilegung. München 2003. S. 227-262.

<sup>5</sup> Vgl. ATTAC (Hrsg.): Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO, GATS, TRIPS, M.A.I. Wien 2003. Vgl. ebenso Stiglitz, Joseph: Die Schatten der Globalisierung, Bonn 2002. Zum Einfluss der Konzerne auf die Liberalisierungspolitik siehe Balanyá, Belén u. a.: Konzern Europa. Die unkontrollierte Macht der Unternehmen, Zürich 2001, S. 23ff. (Kapitel Das Europa der Konzerne).

<sup>6</sup> Wehr, Andreas: Europa ohne Demokratie. Die europäische Verfassungsdebatte, Köln 2004.

<sup>7</sup> Vgl. Kletzer, Christoph: WTO. Wie entstand das neoliberale Juwel?, in: ATTAC (Hrsg.): Die geheimen Spielregeln des Welthandels, S. 11ff. Kletzer beschreibt die 1944 im amerikanischen Bretton Woods geschaffenen Elemente des neuen Welthandelssystems. Dazu zählen der Internationale Währungsfonds (IWF), die Weltbank (IBRD) und die Internationale Handelsorganisation (ITO). Trotz des Scheiterns der ITO kam es durch das GATT zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO).

<sup>8</sup> Die scharfe Kritik der Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an der Privatisierung von Trinkwasser kann als Beispiel für die Auswirkungen der Privatisierung angesehen werden. Große Konzerne, zu ihnen zählen auch Nestlé und Coca Cola, versuchen den Trinkwassermarkt durch ihren Einfluss auf die WTO zu liberalisieren, um ihn dann monopolistisch zu diktieren. Die Folge ist ein eingeschränkter Zugang zum Trinkwasser, insbesondere für Menschen aus den Ländern der „Dritten Welt“. Vgl. [www.attac.de/gats/hintergrund/evianundwasser](http://www.attac.de/gats/hintergrund/evianundwasser) [Zugriff: 22.4.2004].

<sup>9</sup> Kletzer, Christoph: WTO. Wie entstand das neoliberale Juwel?, S. 12.

über nationalem Recht und 80% der nationalen Gesetzgebungsinhalte sind bereits EU-Ursprungs. Das föderale Prinzip in Deutschland wird ausgehebelt. Die daraus resultierenden Fragen (Ratifizierung durch nationale Parlamente; gemischte Zuständigkeiten, Subsidiaritätsprinzip und Informationspolitik) bleiben ungeklärt. Das GATS-Abkommen spitzt diese Situation noch einmal zu. Die nationalen Parlamente und Entscheidungsgremien sind dazu verpflichtet, die Ergebnisse in einem Paket zu verabschieden oder sie im Ganzen abzulehnen. Die Ablehnung einzelner Teilaspekte ist zwar möglich, wird aber durch die Androhung von Sanktionen und durch Hürden erschwert.<sup>10</sup>

Die Bundesregierung muss den Bundestag zu Beginn über den Stand der Verhandlungen informieren, um eine Stellungnahme des Bundestages und des Bundesrates zu ermöglichen. Dieses Muss erweist sich wegen des Wunsches nach Geheimhaltung als schwierig, aber nicht unmöglich. Auf europäischer Ebene kommt dem 133er-Ausschuss eine besondere Bedeutung zu.<sup>11</sup> Da sich die politischen Strukturen innerhalb der EU massiv unterscheiden<sup>12</sup> und damit die nationale Gesetzgebung weitreichend überarbeitet werden muss, ist zweifelhaft, ob es 2005 zur endgültigen Verabschiedung des GATS kommen wird.

### Was ist GATS?

Der kommerzielle Handel mit Dienstleistungen – insbesondere mit der *Ressource Bildung* – ist der dynamischste Wachstumsbereich der Weltwirtschaft. Durch erfolgreiche Lobbyarbeit von Wirtschaftskonzernen und Transnationalen Unternehmen (TNC) wurde das GATS 1995 auf den Weg gebracht: „Das GATS zielt dabei unter anderem darauf ab, dass staatliche Unterstützungsmaßnahmen (Steuervergünstigungen, Subventionen etc.) für öffentliche oder im öffentlichen Auftrag erbrachte Dienste in gleichem Maße ausländischen Privatanbietern oder aber keinem Anbieter gewährt werden.“<sup>13</sup>

Wenn diesbezüglich von Liberalisierung gesprochen wird, muss zunächst festgelegt werden, was unter Dienstleistungen zu verstehen ist. Insgesamt umfasst dieses Regelwerk folgende Bereiche: Unternehmerische und berufsbezogene Dienstleistungen (Ärzte, Architekten, EDV-Dienste), Kommunikationsdienstleistungen (Postdienste, Telekommunikationsdienste, Kurierdienste), Vertriebsdienstleistungen (Großhandel, Einzelhandel), medizinische und soziale Dienstleistungen (Krankenhausdienstleistungen) und auch Bildungsdienstleistungen (Kindergarten, Schulbildung, Berufs- und Hochschulausbildung). Alles in allem ist vorgesehen, „die Öffnung des staatlichen Beschaffungswesens für ausländische Anbieter und die größere Transparenz bei der Subventionsvergabe im Dienstleistungsbereich“<sup>14</sup> zu sichern. Dabei gibt es zwei unterschiedliche Varianten dieser Ausgestaltung. Zum einen die angloamerikanische Variante, in der US-Konzernen die Monopolstellung im Dienstleistungsbereich zukommen soll, die andere – europäische – Variante dient eher dazu, den europäischen Konzernen die Monopolstellung zu sichern, was sich in der derzeitigen Gestaltung der Europäischen Union (Erweiterungs- und Verfassungsdiskussion) widerspiegelt. Die Rolle der VertreterInnen der Entwicklungsländer ist zwiespältig. Während auf der einen Seite die Ergebnisse zu Lasten der Entwicklungsländer ausfallen, beteiligen sich einzelne Regierungen durch bilaterale Abkommen und Abstimmungen an der weltweiten Ausbeutung der Ressourcen und dienen als Vorzeigeland marktliberaler Reformen.<sup>15</sup>

---

<sup>10</sup> Wie weit die Liberalisierung der Dienstleistungsmärkte gehen soll, ist selbst im Regierungslager der Bundesrepublik nicht klar. Während sich auf EU-Ebene VertreterInnen der sozialistischen Fraktionen für soziale Standards und moderate Verhandlungen aussprechen, kämpften die EU-Kommission und Wirtschaftsminister Clement vehement für eine „revolutionäre Liberalisierung“. Vgl. Hagelüken, Alexander: SPD streitet über Dienstleistungsmärkte, in: Süddeutsche Zeitung vom 10.1.2005, S. 21.

<sup>11</sup> Vgl. Fritz, Thomas / Scherrer, Christoph: GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck, Hamburg 2002, S. 110f. Diese Gruppe geht auf den Artikel 133 des EG-Vertrages zurück, der die Grundsätze der gemeinsamen Handelspolitik regelt. Mit der Konferenz von Nizza (2000) wurde dieser Artikel neu gefasst. Fritz und Scherrer weisen in ihrem Buch auf folgenden Punkt hin: „In seiner neuen Fassung sieht der Art. 133 vor, dass der Ministerrat über die Annahme von Handelsabkommen grundsätzlich mit qualifizierter Mehrheit beschließt, d. h. einzelne Mitglieder haben keine Vetomöglichkeit.“ (S. 111)

<sup>12</sup> In der Europäischen Union finden sich neben der parlamentarischen Demokratie die präsidentielle und die semipräsidentielle Demokratie. Insbesondere das föderale System der Bundesrepublik kann als (positives) Hindernis für eine Beseitigung demokratischer Strukturen gesehen werden. Da Bildung (Bundes)Ländersache ist, lassen sich nicht ohne weiteres die Landesgesetzgebungen auf den Bund und darüber hinaus auf die Legislative der Europäischen Union übertragen. Die aktuellen Versuche, das föderale System der Bundesrepublik zu „entbürokratisieren“, wird von vielen positiv bewertet. Meiner Ansicht nach ist dieser Vorgang in Bezug zu der Entkopplung politischer Demokratie zu setzen. Den Bundesländern soll weitestgehend der „politische Zahn“ gezogen werden.

<sup>13</sup> Fritz, Thomas / Scherrer, Christoph: GATS: Zu wessen Diensten?, S. 7.

<sup>14</sup> Ebd., S. 12.

<sup>15</sup> Vgl. Kwa, Aileen [2003]: Power Politics in the WTO. Focus on the Global South. Bangkok, www.focusweb.org. [Zugriff: 10.8.2004]

Bis heute ist der Liberalisierungsprozess nicht abgeschlossen, und der derzeitige Stand lässt die Vermutung zu, dass bis auf weiteres nicht mit einem ratifizierbaren Abkommen zu rechnen ist. Solange sich Europa nicht auf einen einheitlichen wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Raum verständigen kann – darunter fällt die Verfassungsdebatte ebenso wie der Türkeibeitritt, die stetige Erweiterung der Europäischen Union und die Schaffung eines Europas ohne MigrantInnen –, wird es der Kommission und ihren VertreterInnen schwer fallen, den internationalen Spielregeln zu folgen.

### **GATS – zu wessen Nutzen?**

„Bereits zur WTO-Gründung hat sich die EU gegenüber den anderen WTO-Mitgliedsstaaten verpflichtet, in den meisten Bildungsbereichen freien Marktzugang und gleiche Behandlung in- und ausländischer Anbieter zu gewährleisten. Im Wesentlichen hat sie sich damals nur vorbehalten, Bildung bzw. Bildungsträger nach eigenem Gutdünken zu subventionieren. Die Aufgabe dieses Vorbehalts würde drastische Änderungen in der Bildungslandschaft hervorrufen.“<sup>16</sup>

In Deutschland war es bislang Politik, (private) Bildungsangebote nach dem Subsidiaritätsprinzip<sup>17</sup> weitgehend aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren, das Angebot jedoch über die Zulassung als Schulträger zu steuern. Das Subsidiaritätsprinzip ist älter als seine ideengeschichtlichen philosophischen Wurzeln in der katholischen Soziallehre (päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* von 1931), die nahezu ausschließlich mit dem Begriff in Verbindung gebracht wird. Frühe Formulierungen des Grundsatzes finden sich bereits bei Aristoteles, Montesquieu oder Tocqueville. Die Grund- und Kernidee der Subsidiarität besteht darin, einerseits zwischen staatlichen und nichtstaatlichen Aufgaben und andererseits deren Organisationen zu unterscheiden. Das ist sicher ein fortdauerndes Problem, da an den Staat Forderungen gestellt werden und zugleich Zurückhaltung gefordert wird. So soll sich der Staat z. B. aus Religion, Weltanschauungsfragen und der Familie so weit „wie möglich“ raushalten. Das Prinzip der Subsidiarität ist richtig und gut, da es um Eigenverantwortung in der Gesellschaft geht und der Staat als größere Gemeinschaft nur hilfsweise (subsidiär) in das gesellschaftliche Leben eingreifen soll; was auf unterer Ebene regelbar ist, soll dort geregelt werden. Das Subsidiaritätsprinzip wird jedoch oft missbraucht, wenn es beispielsweise darum geht, günstige Rahmenbedingungen für Eigennutz der christlichen Kirchen herzustellen, abzusichern oder auszubauen, wobei dies meist in Begründungen wie „Freiheit“ und „Selbstverantwortung“ oder „Sicherung des Sozialstaats“ verpackt wird, wo es in Wahrheit ums Geld und um Vorteile geht. Die Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft und die Konfessionsschulen zeigen dies sehr deutlich.

Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft sind Teil der sozialen Infrastruktur in Deutschland. Jede/r BundesbürgerIn nimmt diese Einrichtung in Anspruch, weshalb die Forderungen der Kirchen nach Erhalt des Kirchensteuersystems immer die gleiche Begründung findet: mit der Kirchensteuer steht oder fällt das soziale System in Deutschland. Diese Forderung an den Staat – einerseits sich in die Belange der Kirchen nicht einzumischen und andererseits die Sicherung des Sozialstaats zu gewährleisten – hinterlässt den falschen Eindruck, dass ein nicht unerheblicher Teil des Kirchensteueraufkommens für das Krankenhauswesen verwendet wird. Das tatsächliche Bild ist ein anderes. Kirchliche Krankenhäuser und Altenheime finanzieren ihren Betrieb genauso wie öffentliche oder freie Träger völlig ohne Kirchensteuermittel. In fast allen Fällen sind gar nicht die Kirchen Träger sozialer Einrichtungen, sondern rechtlich selbstständige Vereine (meist das Diakonische Werk und die Caritas). Diese finanzieren sich völlig eigenständig aus Leistungsentgelten, Kostensätzen der Sozialträger, öffentlichen Zuschüssen und Spenden. Die Zuschüsse aus Kirchensteuern machen nur einen verschwindend geringen Anteil ihres Etats aus. „Die Kirchen unterscheiden nicht zwischen innerkirchlichen und öffentlichen sozialen Aktivitäten. Angebote, die ausschließlich den eigenen Mitgliedern vorbehalten sind, dienen der ‘Mitgliederpflege’. Zu den öffentlichen sozialen Zwecken, die für die Allgemeinheit gedacht sind und staatliche oder kommunale Einrichtungen ersetzen, zählen vor allem der kirchliche Beitrag für Kindergärten oder Sozialstationen.“<sup>18</sup>

Damit zieht sich der Staat unter anderem von seiner Bildungsaufgabe zurück und überlässt privaten (religiösen) Institutionen den Erziehungssektor. Bezogen auf den schulischen Bereich bedeutet das, dass sich neben staatlichen Schulen sowohl Bekenntnisschulen als auch staatliche Konfessionsschulen haben durchsetzen

---

<sup>16</sup> Fritz, Thomas / Scherrer, Christoph: GATS: Zu wessen Diensten?, S. 55.

<sup>17</sup> Vgl. Andersen, Uwe / Woyke, Wichard (Hrsg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 2000. S. 583-585. Der Begriff ist vom lateinischen Begriff *subsidium ferre* (Hilfestellung leisten) abgeleitet und ebenso der Sozialphilosophie entlehnt. Er besagt, „dass der Staat im Verhältnis zur Gesellschaft nicht mehr, aber auch nicht weniger tun soll, als Hilfe zur Selbsthilfe anzubieten“.

<sup>18</sup> Rampp, Gerhard: Was machen die Kirchen mit unserem Geld? Quelle: [http://www.kirchensteuer.de/rundfunk\\_geld.html](http://www.kirchensteuer.de/rundfunk_geld.html) [Zugriff: 20.10.2004].

und ihr Bildungsprogramm in den letzten Jahrzehnten stark ausdehnen können.<sup>19</sup> Trotz der in den letzten Jahren geäußerten Kritik an der Waldorfpädagogik und der Anthroposophie Rudolf Steiners, befinden sich auch die Waldorfschulen als „freie Träger“ weiterhin im Aufwind.

## Die freie Trägerschaft

„Freie“ Schulen im eigentlichen Sinne gibt es wenige, auch die kommerziellen Anbieter verfügen noch über relativ geringe Marktanteile. Der größte Teil privater Schulen ist weltanschaulich ausgerichtet, wird von Kirchen, Orden oder kirchlichen Vereinen betrieben bzw. richtet sich an einer Pädagogik auf religiöser oder esoterischer Grundlage aus (Montessorischulen, Waldorfschulen). Die Zahl der Privatschulen in Deutschland ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden „gab es im Schuljahr 2000/2001 in Deutschland 4.076 private Schulen (allgemein bildende und berufliche). Zu den privaten Schulen zählen neben denjenigen in privat-gewerblicher Trägerschaft auch solche, die z. B. von Kirchen oder karitativen Einrichtungen betrieben werden. Gegenüber 1992 (dem ersten Jahr mit gesamtdeutschen Ergebnissen) stieg die Zahl privater Schulen um 27,3 % und ihr Anteil an den Schulen insgesamt von 6,1 % auf 8,0 %.“<sup>20</sup> Die Zahl der Schüler an Privatschulen wuchs von rund 570.000 auf etwa 740.000, was einem Anteil von 5,8 % entspricht.<sup>21</sup> Die Zahl der WaldorfschülerInnen stieg kontinuierlich von 29.600 im Jahr 1980 über 50.400 (1990) bis auf 77.779 im Jahr 2004.

Eine Aussage zu den Montessori-Schulen zu treffen, ist ungleich schwerer. Da der Name Montessori-Schule nicht geschützt ist, können sich alle Einrichtungen so bezeichnen, die laut Selbstauskunft montessori-orientiert sind, also der Lehre Maria Montessoris nahe stehen.<sup>22</sup> Somit gibt es sowohl staatliche Einrichtungen, die montessori-orientiert arbeiten, als auch Bekenntnisschulen und Schulen in freier Trägerschaft. Nach Aussagen der Montessori-Gesellschaft lassen sich folgende Zahlen festhalten: 549 Kinderhäuser, 272 Grundschulen, 82 weiterführende Schulen, 40 Sonder- bzw. Förderschulen, 9 Grund-/Hauptschulen, 2 Integrationsschulen und 2 Internationale Schulen.

Wie hoch der Anteil der staatlichen Finanzierung an privaten Schulen ist, unterscheidet sich von Bundesland zu Bundesland. Da die Gründung von Schulen in freier Trägerschaft nicht einfach ist, was nicht zuletzt an der Gesetzeslage der Bundesländer liegt, wünschen sich die freien Träger ein stärkeres (finanzielles) Engagement der Eltern beim Aufbau freier Einrichtungen.<sup>23</sup>

Dass die privaten Einrichtungen mitunter ihre Auskunft gegenüber der öffentlichen Hand verweigern, zeigt das Dilemma noch deutlicher. Wie der letzte große Bericht des Statistischen Bundesamtes von 1998 ausweist, gab es bei der Erhebung der finanzstatistischen Informationen über das gesamte nationale Bildungssystem erheblichen Informationsmangel von Seiten der privaten Schulträger.<sup>24</sup> Nicht nur, dass allein das Statistische Landesamt in Nordrhein-Westfalen an der Erhebung Interesse zeigte, die privaten Schulträger, vornehmlich Waldorf- und Bekenntnisschulen, empfahlen zwei der genannten Fragen nicht zu beantworten: 1. Höhe der Einnahmen nach Einnahmearten (mit Ausnahme der öffentlichen Zuschüsse); 2. Unentgeltlich erhaltene Sachleistungen (mit Ausnahme der unentgeltlich erhaltenen Lehrkräfte).<sup>25</sup> „Zahlreiche Auskunftspersonen äußerten grundsätzliche Bedenken an den Fragen zu den Einnahmen und Ausgaben privater Bildungseinrichtungen. Viele Schulträger lehnten eine Beteiligung zu den Finanzen privater Schulen unter Berufung auf das Betriebsgeheimnis generell ab.“<sup>26</sup>

---

<sup>19</sup> Laut Aussage des *Deutschen Privatschulverbandes* (VDP) ist der Ansturm auf private Schulen ungebrochen. Fast die Hälfte der privaten Einrichtungen sind in Trägerschaft der großen Kirchen (30 Prozent katholisch, 15 Prozent evangelisch). Hinzu kommen jährlich etwa 50 Neugründungen (<http://www.welt.de/data/2005/04/30/711542.html?search=Privatschulen&searchHILI=1> [Zugriff: 15.05.2005]).

<sup>20</sup> Quelle: <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2002/zdw28.htm> [Zugriff: 12.2.2003].

<sup>21</sup> Die Kleine Anfrage zur Staatlichen Unterstützung für Privatschulen in Rheinland-Pfalz, die der Landtagsabgeordnete Nils Wiechmann stellte, ergab, dass der Haushaltstitel für die Zuweisung an nichtstaatliche Schulen (Freie Waldorfschulen nicht mit eingeschlossen) zwischen 1998 und 2002 von über 91,26 Millionen Euro auf über 109,35 Millionen Euro angestiegen ist. Die sechs Freien Waldorfschulen in Rheinland-Pfalz erhielten laut Statistik 1998 über 6,22 Millionen; mittlerweile beläuft sich die Summe auf mehr als 7,7 Millionen Euro (Anfrage Nr. 1173/14-2042).

<sup>22</sup> Vgl. Frankfurter Rundschau vom 23.3.2004. Nach Aussage der Montessori-Gesellschaft erarbeitet diese zurzeit ein Zertifikationsverfahren und ein Qualitätssiegel für Montessori-Kindergärten.

<sup>23</sup> Vgl. Jacob, Sybille-Christin / Drewes, Detlef: Aus der Waldorfschule geplaudert. Warum die Steiner-Pädagogik keine Alternative ist. Aschaffenburg 2001, S. 96ff.

<sup>24</sup> Vgl. Bericht des Statistischen Bundesamtes über die Erhebung (gem. § 7, Abs. 2 Bundesstatistikgesetz) der Ausgaben und Einnahmen der privaten Bildungseinrichtungen einschließlich der öffentlichen Schulen des Gesundheitswesens im Jahr 1995, vom 10. Oktober 1998. Dieser Bericht kann beim Statistischen Bundesamt angefordert werden.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 4.

<sup>26</sup> Ebd., S. 7.

Der schwache Rücklauf und die darauf zu beziehende Kritik an der Erhebung treffen auch auf die Waldorfschulen zu. Daher musste das Statistische Bundesamt eine Hochrechnung vornehmen, die wie folgt aussieht: „Die Gesamtausgaben dieser Einrichtungen beliefen sich hiernach in 1995 auf 607,5 Mill. DM. Davon entfielen 454,3 Mill. DM (d.h. etwa 75%) auf die Personalausgaben, 97 Mill. DM (d.h. ca. 16%) auf den laufenden Sachaufwand und 56,2 Mill. DM (d.h. ca. 9%) auf die Investitionsausgaben. Die öffentlichen Zuschüsse betragen 450,8 Mill. DM. Sie machten damit einen Anteil von etwa 74% an den Gesamtausgaben dieser Einrichtungen aus. Die Personalausgaben je Schüler beliefen sich auf ca. 7.300 DM.“<sup>27</sup>

Den freien Schulen steht der Zugang zu öffentlichen Mitteln zur Verfügung, darunter fallen neben Kindergeld und Erziehungshilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) Bundesprogramme, Sonderprogramme der Bundesregierung und Europäische Programme.<sup>28</sup> Ist erst einmal die finanzielle Hürde übersprungen, steht den Trägern die Gestaltung des Unterrichts zu. Der Träger kann „Lehrer und Schüler frei wählen. Kirchliche Träger sind in ihrem Selbstbestimmungsrecht zusätzlich durch Art. 140 GG / Art. 137 [3] Weimarer Verfassung gesichert.“<sup>29</sup> Gestaltungsspielräume gibt es für freie Träger auch bei der Mitbestimmung der MitarbeiterInnen. Da Schulen in freier Trägerschaft generell als *Tendenzbetriebe*<sup>30</sup> zu verstehen sind, ist die gesetzliche Mitbestimmung eingeschränkt. Eine besondere Rolle kommt den kirchlichen Ordensschulen zu. Hier sind dem Eingreifen von staatlicher und gewerkschaftlicher Seite unangemessene Grenzen gesetzt.

Da in Zeiten knapper Kassen nach Einsparungsmöglichkeiten Ausschau gehalten wird, führen vor allem die weltanschaulichen Schulträger öffentlich Klage darüber, dass die Förderung zu gering sei – obwohl sie in Einzelfällen bereits heute 100% beträgt.<sup>31</sup> Lautstark wird sofort eine Benachteiligung gegenüber staatlichen Schulen moniert.<sup>32</sup> Insofern kommt der Deregulierungsdruck, der mit GATS auf Deutschland (und damit auf die Bundesländer als Zuständige in Bildungsfragen) zukommt, den freien Trägern entgegen. Denn im Rahmen des Subsidiaritätsmodells wird die Neuordnung des Bildungsmarktes für sie eine Ausweitung ihrer Handlungsfreiheit bringen, möglicherweise sogar bei verbesserter Finanzierung durch die öffentliche Hand. „Zwischen der verfassungsrechtlich definierten und bildungspolitisch formulierten Funktion der Schule in freier Trägerschaft und der Art, wie Landesgesetzgeber und Schulverwaltungen diese Schulen behandeln, klafft ein immer tieferer Graben.“<sup>33</sup> Die Liberalisierung wird diese Diskrepanz aufheben.

VertreterInnen privater Träger im schulischen Bereich sehen für Deutschland das „Problem“, dass das traditionelle, staatlich finanzierte Regelschulsystem wettbewerbsverzerrende Auswirkungen habe. Diese Kritik, ursprünglich vorgebracht von international agierenden Unternehmen, wird von den freien Trägern als argumentative Grundlage für Angriffe auf die derzeit gängige Finanzpraxis und die Forderung nach höheren Zuschüssen herangezogen. Ähnlich wie die Notwendigkeit einer Öffnung des „Bildungsmarktes“ wird der Bedarf an Weltanschauungsschulen mit dem uneingeschränkten Zugang zur *Ressource Bildung* und einem Recht der SchülerInnen bzw. ihrer Eltern auf ein pluralistisches Angebot begründet.<sup>34</sup>

<sup>27</sup> Ebd., S. 14. Wichtig ist dabei, dass nach den Erhebungen sowohl die Schätz- als auch die Ist-Werte bei den Personalausgaben der Anteil der öffentlichen Hand bei etwa 99% liegen.

<sup>28</sup> Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen (Hrsg.): Handbuch Freie Schulen. Pädagogische Positionen, Träger, Schulformen und Schulen im Überblick. Reinbek bei Hamburg 1999, S. 20.

<sup>29</sup> Ebd., S. 22.

<sup>30</sup> Vgl. Gabler Wirtschaftslexikon. Bd. 5. Wiesbaden <sup>12</sup>1988, S. 1924. Unter Tendenzbetrieben versteht man Betriebe mit unmittelbar und überwiegend ideeller Zielsetzung (§ 118 I BetrVG, § 1 IV MitbestG): a) Politische, koalitionspolitische, konfessionelle, karitative, erzieherische, wissenschaftliche oder künstlerische Bestimmungen oder b) Zwecke der Berichterstattung oder Meinungsäußerung (Art. 5 I 2 GG). Auf Tendenzbetriebe finden die Vorschriften des BetrVG keine Anwendung, soweit die Eigenart des Unternehmens oder des Betriebs dem entgegensteht.

<sup>31</sup> Vgl. <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2002/zdw28.htm> [Zugriff: 12.2.2003]: „Der Bund der Freien Waldorfschulen hat eine ‘Bremspolitik der öffentlichen Hand’ gegenüber freien Schulträgern beklagt. Benediktur Hardorp vom Bundesvorstand wandte sich am Montag in Stuttgart dagegen, die Finanzhilfen der Bundesländer weiter zu kürzen. Freie Träger stünden für Vielfalt und damit für mehr Individualität von Schülern. Ideal sei eine staatliche Finanzierung von 85 Prozent der Regelbetriebskosten freier Schulen, wie sie in Nordrhein-Westfalen üblich ist. Baden-Württemberg, das Ursprungsland der Waldorfschulen, ist nach Angaben des Verbandes bei den Zuwendungen das Schlusslicht: Gemessen an den Kosten eines Gymnasiasten an einer staatlichen Schule erhalten die Waldorfschulen nur knapp 70 Prozent Finanzhilfe. Während in Deutschland das ‘Staatsschulwesen’ hochgehalten werde, gehe die Entwicklung europaweit in eine andere Richtung, sagte Hardorp. In den Niederlanden betrage der Anteil von Schülern in Privatschulen bereits 75 Prozent, in Frankreich seien es 17 Prozent. In Deutschland liege der Wert bei lediglich 6 Prozent. ‘Es stellt sich für uns die Frage, ob wir mit diesem Bildungswesen europatauglich sind’, sagte Hardorp. Dem Verband gehören 180 (Vorjahr: 172) Schulen in Deutschland an, davon 45 in Baden-Württemberg. 72.000 Schüler werden von 6100 Lehrern unterrichtet.“

<sup>32</sup> Vgl. [http://waldorfschulen-hamburg.de/page0\\_rb29.html](http://waldorfschulen-hamburg.de/page0_rb29.html) [Zugriff: 11.2.2003].

<sup>33</sup> Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen (Hrsg.): Handbuch Freie Schulen, S. 13.

<sup>34</sup> Vgl. <http://www.waldorf.net> [Zugriff: 11.2.2003]. Dort fordert Hanna-Renate Laurien: „Diktaturen kennen keine Freie Schule, weder formal, noch inhaltlich. In der Weimarer Republik verstand man unter Freier Schule eine von der Bindung

## Neuer religiöser Bildungsmarkt?

Hinter solchen Plädoyers für Pluralismus verbirgt sich das kalte Kalkül, dass von einer Stärkung der Stellung privater Schulanbieter in Deutschland zunächst in erster Linie Waldorf- und Bekenntnisschulen profitieren dürften. Sie verfügen nicht nur über eigene Ausbildungsstätten für Lehrkräfte, sondern auch über die Strukturen und die Finanzmittel, ihr ohnehin schon beachtliches Netz an pädagogischen Anstalten auszudehnen. Aus jahrelanger Erfahrung wissen sie zudem, wie sie mit Kommunen oder Landkreisen in Verhandlung treten müssen. Ihre Lobby auf höchster (Bundes)Ebene (Schily) kommt ihnen da zugute.<sup>35</sup> Diese „Wettbewerbsvorteile“ werden den weltanschaulich fixierten Schulen einen Vorsprung vor der kommerziell ausgerichteten Konkurrenz sichern, auch wenn diese zügig aufholen wird: GATS wird dazu führen, dass der Einfluss von Kirchen und Esoterik-Vereinigungen auf Bildung und Erziehung zumindest kurzfristig steigt.

Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips entlastet den Staat nicht nur von bestimmten Aufgaben; indem diese an freie Träger delegiert werden, schränkt die öffentliche Hand auch ihre Steuerungsmöglichkeiten ein. Unter dem Deckmantel der Liberalisierung fällt die notwendige Kontrolle von Lern- und Lehrinhalten. „Die Beseitigung dieser Hemmnisse durch das GATS-Abkommen hätte zur Folge, dass in den Bildungsbereichen der national-staatliche Handlungsspielraum – z. B. zur Schaffung und Sicherung von Standards im öffentlichen Interesse oder zur Verhinderung unerwünschter sozialer Auswirkungen – drastisch minimiert würde.“<sup>36</sup> Was für marktliberale Unternehmen gut ist, kann für weltanschauliche Träger nicht schlecht sein.

Gerade bei Schulträgern, die eher einem religiösen denn einem pädagogischen Konzept folgen, wird dies zum besonderen Problem. Generell stellt sich angesichts der Vorstellung, die die Bildung als Ressource und die Unterrichteten als „KundInnen“ versteht, die Frage, welcher Stellenwert dem Kind zukommt, wie es sich aus sozialpsychologischer Sicht entwickeln kann.<sup>37</sup> Die auf religiöser oder esoterischer Grundlage lehrenden Schulen erheben zwar den Anspruch, auf Grund ihrer Orientierung an christlichen Werten, Ganzheitlichkeit usw. mehr zu bieten als die bloße Vermittlung von Wissen. Doch welche Werte vermitteln diese Bildungseinrichtungen an die SchülerInnen? Es erscheint mehr als fragwürdig, die Erziehung junger Menschen an LehrerInnen zu übertragen, die mit mehr oder minder missionarischem Eifer religiöse oder okkulte Auffassungen vertreten.<sup>38</sup> Kein Karma leitet irgendjemanden zur Demokratie; schicksalsbehaftete Vorstellung von Krankheit und Tod, stressfreies Lernen in musischer Atmosphäre, systemische Familienaufstellung nach Bert Hellinger und das Kruzifix im Klassenzimmer sind keine emanzipatorischen Erziehungsmethoden. Das wissen die weltanschaulich-esoterischen Einrichtungen und versuchen ihrem verkrusteten Image eine neue, feinfühligere und liberale Seite beizumischen. Dass der Versuch scheitern kann, zeigt ein Artikel des *Spiegel*, der die Diskrepanz zwischen Steinerscher Lehre und schulischem Alltag deutlich macht.<sup>39</sup> Wer einen Blick hinter die Fassade des viel gepriesenen skandinavischen Modells des Klassenverbandes wirft, welches in der Waldorfschule Anwendung findet, stößt auf das ideologische Zerrbild des kopflastigen Schülers: „Sehen Sie hier, Klasse eins“, sagt Creyaufmüller, „der Raum ist rot gestrichen. Rot gibt Wärme, Rot hüllt ein. Die Kinder waren als Embryo im Mutterleib von solchem Rot umgeben.“ Und weiter unten weist der promovierte Mathematiklehrer an einer

---

an die Kirche freie Schule. Die heutige Schule in freier Trägerschaft steht nach dem Grundgesetz Art. 7, Abs. 4 zwar wie das gesamte Schulwesen in öffentlicher Verantwortung, aber unter dem Schutz der Verfassung. Öffentliche Verantwortung heißt nicht Staatsmonopol. Ein freiheitlicher Staat wird stets die Konkurrenz zu seinen Einrichtungen nicht nur zulassen, sondern ermöglichen, gar fördern.“

<sup>35</sup> Mit der Meldung „Otto Schily prangert Diskriminierung der Waldorfschulen an“ wirbt die Internetseite des pseudowissenschaftlichen *Instituts für soziale Dreigliederung* um politischen Einfluss. Otto Schily besuchte am 4. Mai 2005, zusammen mit dem damaligen NRW-Finanzminister Dieckmann, die Freie Waldorfschule im Siegkreis. In einem Gespräch mit den Eltern forderte Schily die stärkere finanzielle Unterstützung der freien Träger und wird mit den Worten zitiert: „Es ist nicht logisch, dass nur 85 Prozent bezahlt werden. Den Dialog müssen wir deutlicher führen.“ (<http://www.dreigliederung.de/news/05050401.html> [Zugriff: 18.5.2005]).

<sup>36</sup> Lohmann, Ingrid: Welthandel mit Bildung. Das General Agreement on Trade in Services (BdWi-Studienheft 'Bildungsfinanzierung'), S. 46.

<sup>37</sup> Die Erziehungswissenschaftlerin Ingrid Lohmann kritisiert in ihrem Aufsatz die neue Bildungsagenda. Sie schreibt: „Geschöpft wird das Leitbild des neuen Europäers / der neuen Europäerin, die nicht nur technologisch versiert sein muss, 'den Geist des Unternehmerischen zum Leben zu erwecken, als Beschäftigte und als Staatsbürgerin'“ (S. 47). Erweitern könnte man diese These noch durch die Schaffung eines neuen Menschen, dessen Leibeigenschaft nicht nur aus der Ökonomie, sondern auch aus der sozialen Indoktrination heraus geschaffen wird.

<sup>38</sup> Viele ReligionslehrerInnen entwickeln ein geradezu revolutionäres Potenzial für ganzheitlichen, aber auch politischen Unterricht. Wenn man mit SchülerInnen über ihren Religionsunterricht spricht, hört man, dass die LehrerInnen Feuerbach lesen bzw. nicht viel von der offiziellen Lehrmeinung ihrer Kirche halten. Hierbei darf nicht vergessen werden, dass katholische LehrerInnen zum einen die *Missio Canonica* besitzen, die ihnen die Pflicht auferlegt, in allen Unterrichtsfächern zu missionieren. Zum anderen sind es gerade die „kritischen“ LehrerInnen, die in den Jugendlichen trügerische Hoffnungen wecken und sie somit für Ideologien anfällig machen.

<sup>39</sup> Vgl. Holm, Carsten: Das Ende der Exorzisten, in: *Der Spiegel*, 36/2004, S. 50-52.

Aachener Waldorfschule auf das Problem von rechteckigen Räumen und Fenstern in der Primarstufe hin: „Kanten sind bewusstseinsfördernd, der Blick stößt sich an ihnen“, sagt er, ‘aber das ist für Erstklässler zu früh.’<sup>40</sup> Die Vorstellung von missratenen SchülerInnen war für Rudolf Steiner zeitlebens ein Graus, weshalb er in allen Lebenslagen Rat weiß: „Zuletzt wuerden nur mehr Braun- und Schwarzhaarige da sein koennen; aber wenn nicht abgeholfen wird, so bleiben sie zugleich dumm. Denn je staerker die Koerperkraefte sind, desto weniger stark sind die seelischen Kraefte. Und die Erdmenschheit wuerde vor der Gefahr stehen, wenn die Blonden aussterben, dass die ganze Erdenmenschheit eigentlich dumm wuerde. [...] Die Menschen wuerden ja, wenn die Blauaeugigen und Blondhaarigen aussterben, immer duemmer werden, wenn sie nicht zu einer Art Gescheitheit kommen wuerde, die unabhængig ist von der Blondheit. Die blonden Haare geben eigentlich Gescheitheit. Geradeso wie sie wenig in das Auge hineinschicken, so bleiben sie im Gehirn mit Nahrungssaeften, geben ihrem Gehirn die Gescheitheit. Die Braunhaarigen und Braunaeugigen, und die Schwarzhaarigen und Schwarzaeugigen, die treiben das, was die Blonden ins Gehirn treiben, in die Augen und Haare hinein. Daher werden sie Materialisten, gehen nur auf dasjenige, was man sehen kann, und es muss durch eine geistige Wissenschaft ausgeglichen werden. Man kann also eine Geisteswissenschaft haben in demselben Masse, als die Menschheit mit der Blondheit ihre Gescheitheit verliert. [...] Denn es ist tatsaechlich so, dass, je mehr die blonden Rassen aussterben, desto mehr auch die instinktive Weisheit der Menschen stirbt. Die Menschen werden duemmer.“<sup>41</sup>

Die in sich geschlossenen religiös-esoterischen Systeme bieten einen *Geborgenheitsraum* für viele Menschen und damit eine Basis zur Begründung einer Scheinethik;<sup>42</sup> gerade dadurch behindern sie die persönliche Selbstentfaltung.

Als ein weiteres Beispiel für den immer stärker werdenden Einfluss irrationalen Denkens muss hier der als Therapie-Guru geltende Bert Hellinger angeführt werden. Im Unterschied zu familientherapeutischen oder systemischen Ansätzen der Psychotherapie behauptet Bert Hellinger, aus den Äußerungen der aufgestellten Menschen die tatsächlichen Gefühle oder die verborgenen Motive der real existierenden Familienmitglieder, die nicht anwesend sind, erahnen zu können. Dabei geht Hellinger von einem *wissenden Feld* aus, aus dem er seine Erklärungen bezieht. Mehr noch: Durch das Aufstellen in eine *richtigen Ordnung* würden die Probleme der Familie gelöst. Dass diese schicksalhaften Bestimmungen dem Menschen keinen Raum zur Selbstentfaltung bieten, niemand seinem Schicksal entgehen kann,<sup>43</sup> ist bezeichnend. Denn im Gegensatz zu den Grundsätzen jeder anerkannten Psychotherapie ergeben sich somit *absolute Werturteile*, was richtig oder falsch ist, gut oder schlecht.

Sowohl der Steinersche Klassenverband in den Waldorfschulen, als auch die Schicksalsgemeinschaft der Hellingerschen Familien sind Reaktionen auf die moderne (globalisierte) Welt; Ideologien, die sich als Alternativen zur pluralistischen Gesellschaft anbieten. Der Mensch, der sich Zeit seines Lebens auf die Suche nach dem Wohin und dem Woher macht, findet in beiden Ideologien das Opiat, welches er in dieser politisch und wirtschaftlich unsicheren Zeit braucht.

Die in diesem Buch vertretene These lautet nicht, dass es ein ideales staatliches Schulsystem gibt, welches nun mit falschen Alternativen konfrontiert und demontiert wird. Die entscheidende Frage ist, wie Kinder und Jugendliche in ihrer Schulzeit zu mündigen BürgerInnen werden können. Dass GATS hier den Böcken das Tor zum Schulgarten öffnet, liegt leider auf der Hand.

### Die schulische Gretchenfrage

Die Funktion von Religion und religiöser Erziehung spielt in diesem gegenwärtigen Prozess der Privatisierung eine bedeutende, oftmals zu sehr unterschätzte Rolle. Auf diese Rolle geht Maria Wöflingseder ein sowie Claudia Barth, die sich auf das Themenfeld des New Age spezialisiert hat. Während Claudia Barth einen historischen Überblick bis zum „neuen Zeitalter“ der Esoterik gibt, erweitert Maria Wöflingseder den Aspekt

---

<sup>40</sup> Ebd., S. 50.

<sup>41</sup> Steiner, Rudolf: Ueber Gesundheit und Krankheit, Dornach 1983, S. 103.

<sup>42</sup> Auf der Homepage des anthroposophischen *Info3*-Blattes werden die LeserInnen gezielt mit einem Bericht der Autorin Doris Kleinau-Metzler angesprochen: „Für die Waldorfpädagogik ist die Individualität des Schülers wesentlich, was sich auch an der Förderung der verschiedenen Bereiche ausdrückt (Denken, Sozialverhalten, künstlerisch-praktische Fertigkeiten), in denen es sicher je nach Schüler unterschiedliche Präferenzen gibt. Dem Selbstverständnis der Waldorfschulen würde eine ausgelesene, privilegierte oder sich selbst als Elite verstehende Schülerschaft diametral entgegenstehen.“ Quelle: <http://www.info3.de/archiv/info3/Artikel/2000-05/0500dkm.html> [Zugriff: 11.2.2003]. Kritische Berichte zur Waldorfpädagogik, insbesondere zum Sozialverhalten und zu den Hintergründen des Menschenbildes Rudolf Steiners, finden sich kaum. Siehe dazu: Prange, Klaus: Erziehung zur Anthroposophie, Bad Heilbrunn<sup>3</sup>2000.

<sup>43</sup> Vgl. Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hrsg.): „Niemand kann seinem Schicksal entgehen...“ Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger, Aschaffenburg 2004.



der Bildungsdebatte durch Beispiele aus der Umschulung und der Weiterbildung. Durch die Sozialisation gewinnen religiöse Ideologien und fragwürdige Wahrheiten großen Einfluss auf das Denken des (jungen) Menschen. Die Folge sind Verführbarkeit und Subjektlosigkeit. An dieser Stelle greift ein unübersehbarer Markt von okkulten und esoterischen Alternativen, in dem sich der Mensch zu verfangen droht.<sup>44</sup> Dabei wird die traditionell religiöse Unterweisung durch Kirche und Staat in einem Abnabelungsprozess von Tradition und Familie lediglich von einer Art *Patchwork-Religion* abgelöst. Der Mensch behält rudimentäre Elemente seiner traditionell religiösen Erziehung bei und vermischt diese mit „neuen“ Aspekten religiöser, kultischer und esoterischer Lehren. Was viele GesellschaftswissenschaftlerInnen als das Ende der Religion und den Beginn der postsäkularen Gesellschaft verstanden wissen wollen, ist in Wirklichkeit die *ewige Wiederkehr des Religiösen*.

Nicht zuletzt sind die Versuche, dem Scheitern an gesellschaftlichen Veränderungen und Konflikten zu entfliehen, verantwortlich für den Bruch mit dem Glauben im herkömmlichen Sinn und der damit verbundenen traditionellen Identifizierung von BürgerIn und ChristIn, aber auch für die Hinwendung zu neuen, *gefühlsbetonen* Heilsversprechungen.<sup>45</sup> Religion, so scheint es, setzt diesem Prozess des Umbruchs ein Fluchtmoment entgegen, an dessen Ende oftmals eine Teilnahmslosigkeit an gesellschaftlichen Prozessen steht. Das entscheidende Problem ist die weitgehend anerzogene Unfähigkeit vieler Menschen, sich der eigenen Vernunft zu bedienen, ihr fehlender Mut, vermeintlich unantastbare (religiöse) Behauptungen in Frage zu stellen. Beispiele dafür finden sich genügend, was die Auseinandersetzung in diesem Buch zeigt.

Das anthroposophische Plädoyer für eine ganzheitliche, schöpferische Sicht des Kindes ist fragwürdiger denn je. Einerseits entzieht sich die Anthroposophie durch irrationale Phänomene der Kritik. Etwas, das nicht logisch eingegrenzt werden kann, ist somit auch nicht kritisierbar, so stellt es Klaus Prange prägnant heraus. Die Waldorfschule rühmt sich zwar, über das bestehende Bildungssystem von Wissenserwerb und -vermittlung hinauszugehen, doch ihre ganzheitliche Erziehung macht Kinder und Jugendliche in der kapitalistischen Gesellschaft zu alles anderem als mündigen BürgerInnen.<sup>46</sup> Darüber hinaus muss das Steinersche Menschen- und Weltbild infrage gestellt werden: Die Vorstellung von Karma, Seelenwanderung und behinderten Menschen als *seelenpflegebedürftigen* Menschen ist irrational genug.<sup>47</sup> Trotz dieser nachweislich antiaufklärerischen Haltung erfahren die Waldorfschulen stetigen Zulauf. Nicht zuletzt, weil viele Eltern nichts über die dahinterstehende Ideologie wissen und sich die Waldorfschulen in Werbekampagnen als Alternative zum PISA-gebeutelten staatlichen Schulsystem anbieten, kommt die Pädagogik nach Steiner wieder in Mode.

Die Schule ist kein autarker Raum, welcher sich einzig und allein von Lehrplänen und dem Willen der Lehrkräfte speisen kann. Bildung ist ein *zivilgesellschaftliches Gut* und damit den Brüchen und Veränderungen der Gesellschaft unterworfen. Vor allem junge Menschen sind für Ideologien und (quasi)religiös geschlossene Räume anfällig. Dies stellt auch Lee Traynor in seinem Beitrag heraus. Am Beispiel des Biologieunterrichts verdeutlicht er den pseudowissenschaftlichen Umgang mit dem Begriff der Evolution. Hier zeigt sich die Auseinandersetzung von Ideologie und Theorie sehr deutlich. Die Suche nach einem Sinn hinter dem eigenen Leben kann zur Falle werden. Die Flucht vor Arbeitslosigkeit und Sinnlosigkeit eröffnet den MissionarInnen und FührerInnen eine unendliche Fülle von Betätigungsfeldern. Sind die jungen Menschen nicht willig, so sind sie ideologisch zu führen.<sup>48</sup> Klaus Prange und Wolfgang Proske machen die ideologische Geschlossenheit sowohl der Waldorf- als auch der Montessoripädagogik deutlich. Was bei Steiner und Montessori der Wille des Kindes zu sein scheint, welches sich auf dem rechten Pfad Gottes bewegt, ist letztendlich ein ideologischer Mechanismus zur Kontrolle der Kinder durch den Lehrkörper. Das, was in früheren Jahren das „Auge Gottes“ war, ist nun das Karma der Menschenführung. Beide Beispiele lassen sich als „absolute“ Pädagogiken (Klaus Prange)

---

<sup>44</sup> Abgesehen von der *Guten Nachricht Bibel*, die in vielen Hotels auf dem Nachttischschränkchen zu finden ist, treten konservative IdeologInnen immer offener auf. Esoterikzeitschriften finden sich in Massen nicht nur in den Presseläden am Bahnhof, in den Esoterikläden und den Reformhäusern. Auch Hotels und Gaststätten leben von den Zulieferern „ganzheitlicher“ Heilslehre. Sie frischen ihr Wellness-Programm durch Chi-Maschinen, Reiki-Training und Zukunftsmeditation auf. Die fundamentalistische Strömung amerikanischer ChristInnen steht dem in nichts nach. Im Herbst 2001 sorgte das Buch *Kraft zum Leben* für Furore, welches von der rechtskonservativ-christlichen *Arthur S. DeMoss Stiftung* herausgegeben wurde. Die Suche nach Gott gerät nicht zuletzt dadurch in den Mittelpunkt, dass vermeintliche Idole wie SängerInnen und Fußballer für ein solches Werk werben.

<sup>45</sup> Thürmer-Rohr, Christina: *Wendezeit – Wendedenken – Wegdenken*, in: Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hrsg.): *Ganzheitlich und ohne Sorgen in die Republik von morgen*. Dokumentation zum Kongress gegen Irrationalismus, Esoterik und Antisemitismus, Aschaffenburg 2001, S. 117-134.

<sup>46</sup> Vgl. Prange, Klaus: *Erziehung zur Anthroposophie*, S. 156ff.

<sup>47</sup> Vgl. Bierl, Peter: *Wurzeln, Erzengel und Volksgeister*. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik, Hamburg 1999.

<sup>48</sup> Ribolits, Erich: *Kann der Glaube Berge versetzen, oder hilft er bloß das prinzipiell Unerträgliche durchzustehen? Überlegungen zu Ursache und Wirkung des Glaubens, dass das Bewusstsein das Sein bestimmt*, in: Ribolits, Erich / Zuber, Johannes (Hrsg.): *Karma und Aura statt Tafel und Kreide*. Der Vormarsch der Esoterik im Bildungsbereich. Schulheft Nr. 103, Wien 2001, S. 9ff.

verstehen, die mit einem verbindlichen Menschenbild arbeiten. Da es sich bei beiden um eine Erkenntnislehre handelt, sind sie für die wissenschaftliche Kritik, so glauben sie, unerreichbar. Nur der, der die „Erkenntnis der höheren Welten“ hat, ist auch in der Lage, den Willen Gottes zu verstehen.

Immer häufiger und immer eindringlicher werden junge Menschen vor dem Verfall der (gesellschaftlichen) Ordnung gewarnt und zur Hinwendung zum Schicksal gedrängt.<sup>49</sup> Ordnung und Schicksal bekommen dabei eine neue Bedeutung: Ordnung ist und bleibt ein fester Raum, in dem sich der Mensch bewegt. Das Schicksal bestimmt das Handeln des Menschen. Ändert er einmal – willentlich – seine vorherbestimmte Richtung, droht ihm der Ausschluss aus der Gemeinschaft. Umgeben von Päpsten<sup>50</sup> und Göttern<sup>51</sup> bleibt den Menschen keine andere Wahl als das Akzeptieren ihres vorherbestimmten Schicksals. Die neuen ökonomischen Bedingungen tun ihr übriges.

## Die Alternativen zum religiösen Bildungsmarkt

Der Staat hat die Rahmenbedingungen von Bildung zu gewährleisten, also etwa die Finanzierung, die Vergleichbarkeit von Abschlüssen, die Einhaltung von Qualitätsstandards, so dass keine soziale Sonderung stattfindet und Mobilität möglich ist. Bildung im engeren Sinne aber ist eine Aufgabe der Zivilgesellschaft. Mit diesem Bildungsbegriff und mit welchen Unwägbarkeiten er behaftet ist, wird sich Eamon Kiernan in seinem Artikel beschäftigen.

Eine Schule, die ihren SchülerInnen Bildungsziele vermitteln soll wie Mündigkeit, die Fähigkeit selbstständig das Leben zu gestalten und Verantwortung in der Demokratie zu übernehmen, muss auch selbst mündig, selbstständig und demokratisch sein. Dazu kommt: die Lebensverhältnisse von Kindern und Jugendlichen sind in den Bundesländern sehr unterschiedlich, es muss daher vor Ort auf die jeweiligen Probleme und Situationen eingegangen werden.<sup>52</sup>

Sich einen adäquaten Überblick zu verschaffen, wird für die Eltern schwierig genug. Durch die fehlenden Informationen der PolitikerInnen und der starken Lobby freier Träger bei Legislative und Exekutive sind SchülerInnen und Eltern in ihrer Entscheidungsfindung überfordert. Von Neutralität kann keine Rede sein. Im Grundgesetz wird die Freiheit, Privatschulen zu errichten, gesichert, und der Staat verpflichtet sich, dem Wunsch nach (religiöser) Bildung nachzukommen. „Dieses Recht erhält seine volle Bedeutung durch die gesicherte Existenz der Freien Schulen, denn nur dort können pädagogische Prägungen angeboten werden, die in bestimmten (z. B. konfessionellen oder weltanschaulichen) Werthaltungen wurzeln. Somit dient die Freie Schule auch der freien Religionsausübung (Art. 4 [2] GG).“<sup>53</sup> Ist aber die Ausübung von Religion und die Religionsunterweisung Aufgabe des Staates? Anders gefragt, welche Legitimation erfährt eine geschlossene Ideologie – und das ist die Religion *a priori* –, wenn sie nachweislich antiemanzipatorische Züge trägt? Wenn diese Frage mit *keine* zu beantworten wäre, bedürfte es nicht dieses Buches.

## Die Bedeutung des Kongresses

Das Anliegen der VeranstalterInnen war es, einen neuen Blick auf die veränderte Situation des Bildungsmarktes zu werfen. Falsch ist es nach unserer Ansicht, dass die Motivation zur Liberalisierung des (Bildungs-) Marktes einzig dem Primat der Ökonomie zuzuschreiben ist. Somit greifen viele Kritikpunkte *linker Gruppen und Verbände* zu kurz.

---

<sup>49</sup> Der Ex-Missionar und neuerliche „Ordnungshüter“ Bert Hellinger gilt als Protagonist einer neuen Esoterikwelle weltweit. Der rasante Aufstieg der systemischen Familienaufstellung Hellingers kann als Beispiel für die Anfälligkeit unserer Gesellschaft gesehen werden. Vgl. Goldner, Colin (Hrsg.): Der Wille zum Schicksal. Die Heilslehre des Bert Hellinger, Wien 2003.

<sup>50</sup> Wenn von Päpsten die Rede ist, darf von Dr. Ulrich Strunz nicht geschwiegen werden. Der selbsternannte Fitnesspapst und Gesundheitsdenker treibt nicht nur in TV und in Büchern sein Unwesen. Seit geraumer Zeit nutzt er auch das Internet, um seine „frohe Botschaft“ von Glaube und Sport zu vermitteln. Der bekennende Christ sieht sich als Bindeglied von Gesundheit und göttlicher Fügung. Auch wenn er für Jugendliche weniger Idolformat besitzt, ist er doch ein Beispiel für den Wellness-Wahn der Gesellschaft. Vgl. [www.strunz.com](http://www.strunz.com) [Zugriff: 22.4.2004].

<sup>51</sup> Der Dalai Lama wird als Quasi-Gottkönig verehrt. Weltweit genießt der Tibeter einen populären Ruf als Friedensfürst und „Gutmensch“. Kritik ist dabei nicht erwünscht. Vgl. Goldner, Colin: Dalai Lama. Fall eines Gottkönigs. Aschaffenburg 1999.

<sup>52</sup> Die alltäglichen Probleme ostdeutscher SchülerInnen, was das Nichtvorhandensein von genügend Lehrpersonal, Schulen, LehrerInnen und Zubringern zu den Schulen betrifft, haben nun auch die westdeutschen Eltern und SchülerInnen zu spüren bekommen. Die saarländische Regierung plant zum Schuljahr 2005/06 80 der 269 Grundschulen zu schließen. Wettbewerb und Liberalisierung haben ihren Preis.

<sup>53</sup> Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen (Hrsg.): Handbuch Freie Schulen, S. 23.

Falsch wäre es unseres Erachtens aber ebenso, dem Staat als einzig rechtmäßiger Alternative zum weltanschaulichen Träger, quasi sakrosankt, das Bildungsmonopol zu überlassen. Seine Fahrlässigkeit und die einseitige Bevorzugung privater Anbieter in Bildungs- und Sozialfragen führen derzeit zur Entdemokratisierung und zur Marktliberalisierung.

Der Kongress hat versucht, die Liberalisierungsdiskussionen anhand von Ideologien kritisch zu diskutieren und damit einen Schritt weiter zu gehen, einen Blick hinter die offensichtlichen Kulissen der AnbieterInnen zu werfen. Grundlage der Diskussionen kann und darf daher nicht allein die Frage nach Bildungsstandards und der Rolle von staatlichen Mechanismen sein. Ebenso wenig sollte von *linker Seite* allein die Frage nach Marktliberalismus und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im Mittelpunkt stehen, denn diese Mechanismen haben ihre systemimmanente Ideologie, der sie folgen.

Wenn die dahinter steckenden Ideologien, sei es die christliche Indoktrination,<sup>54</sup> wie es Franz Buggle in seinem Artikel untermauert, die Steinersche Anthroposophie und die religiöse Erziehung nach Montessori, gravierende ethisch-humanitäre Defizite aufweisen, dann muss dies benannt werden. Darüber hinaus müssen aber auch Vorurteile und Vorverurteilungen vermieden werden. Waldemar Vogelgesang und Frank Welker legen diesbezüglich dar, wie und in welchem Umfang die Gesellschaft von Okkultismus tatsächlich „bedroht“ ist.

Dass das Buch zwei Jahre nach dem Kongress auf dem Buchmarkt erscheint, tut dem Anliegen keinen Abbruch. Ganz im Gegenteil: Das augenblickliche Gerangel um PISA ist als Alibi-Debatte zu verstehen. Die Konzepte die derzeit diskutiert werden (von Abschaffung der Hauptschule bis hin zu Ganztagschulen) dienen auch weiterhin der vorzeitigen Selektion von Kindern vornehmlich durch ökonomische Mechanismen. Und von gesellschaftskritischer Seite sind alternative Modelle, woher sie auch kommen, den staatlichen und ökonomischen immer vorzuziehen. Dabei wird vergessen, dass diese Schulen schon selbst Eliteschulen sind. „Von Problemen, die Staatsschulen etwa wegen eines hohen Ausländeranteils quälen, bleiben die Waldis verschont.“<sup>55</sup> Das liegt nicht allein an den ökonomischen Bedingungen, die Eltern an Waldorfschulen vorfinden.

Es ist zwar richtig, dass die von den skandinavischen Ländern praktizierte Gesamtschule der Waldorfschule ähnelt, doch wird vergessen, mit welchen ideologischen Mechanismen die Steinersche Lehre arbeitet. Die Einteilung der Kinder nach bestimmten Temperamenten (Melancholiker, Sanguiniker, Phlegmatiker und Choleriker) ist nicht nur höchst problematisch, sie ist rassistisch motiviert. Wie lässt sich sonst Steiners Denken erklären, wenn nicht mit einem rassistischem Weltbild? Löblich ist es allemal, dem Kind die ökonomischen Zwänge vorzuenthalten und alternative Lernmodelle zu verwenden. Doch dient auch der Montessorilehre die christliche Scheinethik als Grundlage höherer Erkenntnis. Denn durch das Kind spricht der *schöpferische Wille Gottes*.

Das „ganzheitliche Netz“ ist weiter gespannt, als es zunächst klar wird. Ob Volkshochschulen, Abendschulen, Tagesseminare, Betriebsversammlungen, selbst Gewerkschaften lassen sich von der normativen Kraft des Faktischen treiben, lassen sich in die Schicksalhaftigkeit bundesrepublikanischer Sinnhaftigkeit einbetten.<sup>56</sup>

Im Gegensatz zu den Fundamenten der christlichen Ideologie löst sich bereits im anthroposophischen und montessorischen, besonders aber im neuzeitlich-esoterischen Weltbild der Individualität des Menschen auf. Der Mensch an sich ist nicht mehr Subjekt seiner selbst, sondern eingebunden in den kosmischen Heilsplan der göttlichen Lehre. Ganzheitliches Denken wird zum Schlagwort einer neuen Philosophie. Dass sich diese Philosophie in mehr Widersprüchen als in Wahrheiten verfängt, bleibt zu oft nur dem Wissenschaftler offensichtlich. Der Mensch wird gezwungen, sich einen eigenen Heilsplan zu bauen. Eine Anleitung findet sich für den, der glaubt und nicht denkt.

## Literatur

Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen (Hrsg.): Handbuch Freie Schulen. Pädagogische Positionen, Träger, Schulformen und Schulen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1999.

ATTAC (Hrsg.): Die geheimen Spielregeln des Welthandels. WTO, GATS, TRIPS, M.A.I. Wien 2003.

Balanyá, Belén u.a.: Konzern Europa. Die unkontrollierte Macht der Unternehmen, Zürich 2001, S. 23ff.

---

<sup>54</sup> Vgl. Buggle, Franz: Denn sie wissen nicht, was sie glauben. Oder warum man redlicherweise nicht mehr Christ sein kann. Eine Streitschrift. Aschaffenburg <sup>2</sup>2004.

<sup>55</sup> Holm, Carsten: Das Ende der Exorzisten, S. 50.

<sup>56</sup> Vgl. Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hrsg.): „Niemand kann seinem Schicksal entgehen...“, S. 75-82.

BdWi: Studiengebühren, Elitekonzeptionen und Agenda 2010. BdWi-Studienheft. Herausgegeben vom Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) und dem freien Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs), Marburg 2004.

Bierl, Peter: Wurzelrassen, Erzengel und Volksgeister. Die Anthroposophie Rudolf Steiners und die Waldorfpädagogik, Hamburg 1999.

Fritz, Thomas / Scherrer, Christoph: GATS: Zu wessen Diensten? Öffentliche Aufgaben unter Globalisierungsdruck, Hamburg 2002.

George, Susan: WTO. Demokratie statt Dracula. Für ein gerechtes Welthandelssystem, Hamburg 2002.

Goldner, Colin (Hrsg.): Der Wille zum Schicksal. Die Heilslehre des Bert Hellinger, Wien 2003.

Holm, Carsten: Das Ende der Exorzisten, in: Der Spiegel, 36/2004, S. 50-52.

Jacob, Sybille-Christin / Drewes, Detlef: Aus der Waldorfschule geplaudert. Warum die Steiner-Pädagogik keine Alternative ist, Aschaffenburg 2001.

Markard, Morus: Elite. Ein anti-egalitaristischer Kampfbegriff, in: UTOPIEKreativ. Diskussion sozialistischer Alternativen. Nr. 171. Berlin 2005, S. 5-11.

Ribolits, Erich / Zuber, Johannes (Hrsg.): Karma und Aura statt Tafel und Kreide. Der Vormarsch der Esoterik im Bildungsbereich. Schulheft Nr. 103, Wien 2001.

Studentischer Sprecherrat der Universität München (Hrsg.): „Niemand kann seinem Schicksal entgehen...“ Kritik an Weltbild und Methode des Bert Hellinger, Aschaffenburg 2004.

Tietje, Christian (Hrsg.): Welthandelsorganisation. WTO-Übereinkommen; GATT 1947/1994; SPS, TBT, GATS; TRIPS; Streitbeilegung, München 2003.

Wehr, Andreas: Europa ohne Demokratie. Die europäische Verfassungsdebatte, Köln 2004.

## Allgemeinbildende Privatschulen in freier Trägerschaft

Schulart	Anzahl der Schulen	Anzahl der SchülerInnen
<b>Allgemeinbildende Privatschulen in freier Trägerschaft<sup>57</sup></b>	1950: 1.629 (alte BRD) 1990: 1.877 (alte BRD) 1992: 1.997 (176 Osten) 2000: 2.308 (346 Osten) 2003: 2.592 (460 Osten)	1960: 200.100 (alte BRD) 1990: 420.700 (alte BRD) 1995: 486.800 2003: 605.759
<b>Schulen in katholischer Trägerschaft<sup>58</sup></b> (inkl. berufsbildende Schulen)	2004: 873 (31 Osten)	1998: 328.394 2003: 367.240 (9.022 Osten)
<b>Waldorf- und Rudolf-Steiner-Schulen<sup>59</sup></b>	1951: 25 (alte BRD) 1985: 84 (alte BRD) 1990: 118 (alte BRD) 1995: 164 (14 Osten) 2004: 187 (15 Osten)	1985: 6.900 (alte BRD) 1990: 50.400 (alte BRD) 2000: 69.969 (3.644 Osten) 2004: 77.779 (4.385 Osten)

<sup>57</sup> Statistisches Bundesamt (<http://www.destatis.de>).

<sup>58</sup> Deutsche Bischofskonferenz, Bereich Glaube und Bildung; Handbuch freie Schulen

<sup>59</sup> <http://www.bildungsoekonomie-waldorf.de> und <http://www.bipomat.de/waldorf/waldorf.html#quant>